Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/350

25. 05. 87

Sachgebiet 319

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 25. Oktober 1982 über den Beitritt der Republik Griechenland zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zum Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof in der Fassung des Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland

A. Zielsetzung

Mit dem EWG-Übereinkommen vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – GVÜ – (BGBl. 1972 II S. 773) sowie dem Protokoll vom 3. Juni 1971 betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Europäischen Gerichtshof (BGBl. 1972 II S. 845) ist der wichtigste Bereich des zwischenstaatlichen Zivilprozeßrechts im Rahmen der EG vereinheitlicht worden. Im Zuge der Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde dieses Vertragswerk auf Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland ausgedehnt (Beitrittsübereinkommen vom 9. Oktober 1978, BGBl. 1983 II S. 803). Griechenland hat sich bei seiner Aufnahme in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 1979 in der Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassung der Verträge (BGBl. 1980 II S. 235) verpflichtet, dem GVÜ und dem Auslegungsprotokoll in der Fassung des Übereinkommens vom 9. Oktober 1978 ebenfalls beizutreten (Artikel 3 Abs. 2 der Akte).

B. Lösung

Die Verhandlungen über die Anpassungen des GVÜ und des Auslegungsprotokolls in der Fassung des Beitrittsübereinkommens von 1978 an das Gerichtsverfassungs- und Verfahrensrecht der Republik Griechenland haben zu dem vorliegenden (zweiten) Beitrittsübereinkommen vom 25. Oktober 1982 geführt. Griechenland wird mit diesem Übereinkommen in die Vereinheitlichung des zwischenstaatlichen Zivilprozeßrechts im Bereich der Gerichtsstände und der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen einbe-

zogen mit der Folge, daß es als neuer Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften an den hiermit verbundenen erheblichen Erleichterungen des Zivilrechtsverkehrs teilhat. Das zweite Beitrittsübereinkommen tritt in Kraft, wenn die Republik Griechenland selbst und diejenigen Mitgliedstaaten der EG, die das erste Beitrittsübereinkommen in Kraft gesetzt haben, es ratifiziert haben. Bisher ist dies durch die Niederlande, Frankreich und Italien geschehen.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (131) – 451 02 – Üb 79/87

Bonn, den 25. Mai 1987

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 25. Oktober 1982 über den Beitritt der Republik Griechenland zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zum Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof in der Fassung des Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland mit Begründung und Vorblatt.

Der Wortlaut des Übereinkommens in deutscher, englischer und französischer Sprache sowie die Denkschrift hierzu sind beigefügt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 576. Sitzung am 15. Mai 1987 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 25. Oktober 1982 über den Beitritt der Republik Griechenland zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zum Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof in der Fassung des Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Luxemburg am 25. Oktober 1982 unterzeichneten Übereinkommen über den Beitritt der Republik Griechenland zum Übereinkommen vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (BGBl. 1972 II S. 773) sowie zum Protokoll vom 3. Juni 1971 betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof (BGBl. 1972 II S. 845) in der Fassung des Übereinkommens vom 9. Oktober 1978 über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu dem vorgenannten Übereinkommen und dem Auslegungsprotokoll (BGBl. 1983 II S. 802) wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Beitrittsübereinkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Das Übereinkommen bezieht sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung. Es bedarf daher nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes.

Zu Artikel 2

Das Übereinkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Zeitpunkts, in dem das Gesetz in Kraft tritt (Absatz 1), entspricht der Vorschrift des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Das Beitrittsübereinkommen tritt nach seinem Artikel 15 Abs. 1 am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde durch die Republik Griechenland sowie die Staaten folgt, die das Beitrittsübereinkommen vom 9. Oktober 1978 in Kraft gesetzt haben *). Dieser Zeitpunkt ist, wie bei internationalen Übereinkünften üblich, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben (Absatz 2).

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Die Ausführung des Gesetzes wird keine Auswirkungen auf Einzelpreise oder auf das Preisniveau haben.

*) Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Großbritannien, Dänemark, Irland

Übereinkommen über den Beitritt der Republik Griechenland zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zum Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof in der Fassung des Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland

Convention on the accession of the Hellenic Republic to the Convention on jurisdiction and enforcement of judgments in civil and commercial matters and to the Protocol on its interpretation by the Court of Justice with the adjustments made to them by the Convention on the accession of the Kingdom of Denmark, of Ireland and of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

Convention relative à l'adhésion de la République hellénique à la convention concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale, ainsi qu'au protocole concernant son interprétation par la Cour de justice, avec les adaptations y apportées par la convention relative à l'adhésion du Royaume de Danemark, de l'Irlande et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

Präambel

Die Hohen Vertragsparteien des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft –

in der Erwägung, daß die Republik Griechenland mit ihrem Beitritt zur Gemeinschaft die Verpflichtung eingegangen ist, dem Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie dem Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof in der Fassung des Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland beizutreten und zu diesem Zweck mit den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Verhandlungen im Hinblick auf die erforderlichen Anpassungen aufzunehmen –

haben beschlossen, dieses Übereinkommen zu schließen, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König der Belgier:

Jean Gol,
Stellvertretender Ministerpräsident,
Minister der Justiz und für die Reform der Institutionen;

Preamble

The High Contracting Parties to the Treaty establishing the European Economic Community,

considering that the Hellenic Republic, in becoming a Member of the Community, undertook to accede to the Convention on jurisdiction and enforcement of judgments in civil and commercial matters and to the Protocol on its interpretation by the Court of Justice, with the adjustments made to them by the Convention on the accession of the Kingdom of Denmark, of Ireland and of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and to this end undertook to enter into negotiations with the Member States of the Community in order to make the necessary adjustments thereto,

have decided to conclude this Convention, and to this end have designated as their plenipotentiaries:

His Majesty the King of the Belgians:

Jean Gol,
Deputy Prime Minister,
Minister for Justice
and for Institutional Reform;

Préambule

Les Hautes Parties Contractantes au traité instituant la Communauté économique européenne,

considérant que la République hellénique, en devenant membre de la Communauté, s'est engagée à adhérer à la convention concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale et au protocole concernant l'interprétation de cette convention par la Cour de justice, avec les adaptations y apportées par la convention relative à l'adhésion du Royaume de Danemark, de l'Irlande et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, et à entamer à cet effet des négociations avec les Etats membres de la Communauté pour y apporter les adaptations nécessaires,

ont décidé de conclure la présente convention et ont désigné à cet effet comme plénipotentiaires:

Sa Majesté le Roi des Belges:

Jean Gol,
vice-premier ministre,
ministre de la justice
et des réformes institutionnelles;

Ihre Majestät die Königin von Dänemark:

Erik Ninn-Hansen,
Minister der Justiz;

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Hans Arnold Engelhard,
Bundesminister der Justiz;

Dr. Günther Knackstedt,
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luxemburg;

Der Präsident der Republik Griechenland:

Georges-Alexandre Mangakis,
Minister der Justiz;

Der Präsident der Französischen Republik:

Robert Badinter,
Siegelbewahrer,
Minister der Justiz;

Der Präsident Irlands:

Seân Doherty,
Minister der Justiz;

Der Präsident der Italienischen Republik:

Clelio Darida,
Minister der Justiz;

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Luxemburg:

Colette Flesch,
Vizepräsident der Regierung,
Minister der Justiz;

Ihre Majestät die Königin der Niederlande:

J. de Ruiter,
Minister der Justiz;

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland:

Peter Lovat Fraser, Esquire,
Solicitor-general für Schottland
Lord Advocate's department;

diese im Rat vereinigten Bevollmächtigten sind nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten

wie folgt übereingekommen:

Titel I

Allgemeine Vorschriften

Artikel 1

(1) Die Republik Griechenland tritt dem am 27. September 1968 in Brüssel unterzeichneten Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – nachstehend „Übereinkommen von 1968"

Her Majesty the Queen of Denmark:

Erik Ninn-Hansen,
Minister for Justice;

The President of the Federal Republic of Germany:

Hans Arnold Engelhard,
Federal Minister for Justice;

Dr Günther Knackstedt,
Ambassador of the Federal Republic of Germany in Luxembourg;

The President of the Hellenic Republic:

Georges-Alexandre Mangakis,
Minister for Justice;

The President of the French Republic:

Robert Badinter,
Keeper of the Seals,
Minister for Justice;

The President of Ireland:

Seân Doherty,
Minister for Justice;

The President of the Italian Republic:

Clelio Darida,
Minister for Justice;

His Royal Highness the Grand Duke of Luxembourg:

Colette Flesch,
Vice-President of the Government,
Minister for Justice;

Her Majesty the Queen of the Netherlands:

J. de Ruiter,
Minister for Justice;

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

Peter Lovat Fraser, Esquire,
Solicitor-General for Scotland,
Lord Advocate's department;

who, meeting within the Council, having exchanged their full powers, found in good and due form,

have agreed as follows:

Title I

General provisions

Article 1

1. The Hellenic Republic hereby accedes to the Convention on jurisdiction and enforcement of judgments in civil and commercial matters, signed at Brussels on 27 September 1968 (hereinafter called 'the 1968 Convention'), and to the Protocol on its interpretation by the Court of

Sa Majesté la Reine de Danemark:

Erik Ninn-Hansen,
ministre de la justice;

Le Président de la République fédérale d'Allemagne:

Hans Arnold Engelhard,
ministre fédéral de la justice;

Dr Günther Knackstedt,
ambassadeur de la République fédérale d'Allemagne au Luxembourg;

Le Président de la République hellénique:

Georges-Alexandre Mangakis,
ministre de la justice;

Le Président de la République française:

Robert Badinter,
garde des sceaux,
ministre de la justice;

Le Président de l'Irlande:

Seân Doherty,
ministre de la justice;

Le Président de la République italienne:

Clelio Darida,
ministre de la justice;

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg:

Colette Flesch,
vice-président du gouvernement,
ministre de la justice;

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas:

J. de Ruiter,
ministre de la justice;

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:

Peter Lovat Fraser, Esquire,
solicitor-general pour l'Écosse,
département du lord advocate;

lesquels, réunis au sein du Conseil, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme,

sont convenus des dispositions qui suivent:

Titre premier

Dispositions générales

Article premier

1. La République hellénique adhère à la convention concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale, signée à Bruxelles le 27 septembre 1968, ci-après dénommée «convention de 1968», et au protocole concernant son interprétation

genannt – sowie dem am 3. Juni 1971 in Luxemburg unterzeichneten Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof – nachstehend „Protokoll von 1971" genannt – in der Fassung des am 9. Oktober 1978 in Luxemburg unterzeichneten Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zum Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie zum Protokoll betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof – nachstehend „Übereinkommen von 1978" genannt – bei.

(2) Der Beitritt der Republik Griechenland erstreckt sich insbesondere auf Artikel 25 Absatz 2 und auf die Artikel 35 und 36 des Übereinkommens von 1978.

Artikel 2

Die durch das vorliegende Übereinkommen vorgenommenen Anpassungen des Übereinkommens von 1968 und des Protokolls von 1971 in der Fassung des Übereinkommens von 1978 sind in den Titeln II bis IV festgelegt.

Titel II

Anpassungen des Übereinkommens von 1968

Artikel 3

In Artikel 3 Absatz 2 des Übereinkommens von 1968 in der Fassung des Artikels 4 des Übereinkommens von 1978 wird zwischen dem dritten und dem vierten Gedankenstrich folgender Gedankenstrich eingefügt:

„– in Griechenland: Artikel 40 der Zivilprozeßordnung (Κώδικας Πολιτικής Δικονομίας),".

Artikel 4

In Artikel 32 Absatz 1 des Übereinkommens von 1968 in der Fassung des Artikels 16 des Übereinkommens von 1978 wird zwischen dem dritten und dem vierten Gedankenstrich folgender Gedankenstrich eingefügt:

„– in Griechenland an das μονομελές πρωτοδικείο,".

Artikel 5

(1) In Artikel 37 Absatz 1 des Übereinkommens von 1968 in der Fassung des Artikels 17 des Übereinkommens von 1978 wird zwischen dem dritten und dem vierten Gedankenstrich folgender Gedankenstrich eingefügt:

„– in Griechenland bei dem εφετείο,".

(2) Artikel 37 Absatz 2 erster Gedankenstrich des Übereinkommens von 1968

Justice, signed at Luxembourg on 3 June 1971 (hereinafter called 'the 1971 Protocol'), with the adjustments made to them by the Convention on the accession of the Kingdom of Denmark, of Ireland and of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the Convention on jurisdiction and enforcement of judgments in civil and commercial matters and to the Protocol on its interpretation by the Court of Justice, signed at Luxembourg on 9 October 1978 (hereinafter called 'the 1978 Convention').

2. The accession of the Hellenic Republic extends, in particular, to Articles 25 (2), 35 and 36 of the 1978 Convention.

Article 2

The adjustments made by this Convention to the 1968 Convention and the 1971 Protocol, as adjusted by the 1978 Convention, are set out in Titles II to IV.

Title II

Adjustments to the 1968 Convention

Article 3

The following shall be inserted between the third and fourth indents in the second subparagraph of Article 3 of the 1968 Convention, as amended by Article 4 of the 1978 Convention:

'– in Greece, Article 40 of the code of civil procedure (Κώδικας Πολιτικής Δικονομίας),'.

Article 4

The following shall be inserted between the third and fourth indents in the first subparagraph of Article 32 of the 1968 Convention, as amended by Article 16 of the 1978 Convention:

'– in Greece, to the μονομελές πρωτοδικείο,'.

Article 5

1. The following shall be inserted between the third and fourth indents of the first subparagraph of Article 37 of the 1968 Convention, as amended by Article 17 of the 1978 Convention:

'– in Greece, with the εφετείο,'.

2. The following shall be substituted for the first indent of the second subpara-

par la Cour de justice, signé à Luxembourg le 3 juin 1971, ci-après dénommé «protocole de 1971», avec les adaptations y apportées par la convention relative à l'adhésion du Royaume de Danemark, de l'Irlande et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, à la convention concernant la compétence judiciaire et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale, ainsi qu'au protocole concernant son interprétation par la Cour de justice, signée à Luxembourg le 9 octobre 1978 et ci-après dénommée «convention de 1978».

2. L'adhésion de la République hellénique s'étend notamment à l'article 25 paragraphe 2 et aux articles 35 et 36 de la convention de 1978.

Article 2

Les adaptations apportées par la présente convention à la convention de 1968 et au protocole de 1971, tels qu'ils ont été adaptés par la convention de 1978, figurent aux titres II à IV.

Titre II

Adaptations de la convention de 1968

Article 3

À l'article 3 deuxième alinéa de la convention de 1968, modifié par l'article 4 de la convention de 1978, le tiret suivant est inséré entre le troisième et le quatrième tiret:

«– en Grèce: l'article 40 du code de procédure civile (Κώδικας Πολιτικής Δικονομίας)».

Article 4

À l'article 32 premier alinéa de la convention de 1968, modifié par l'article 16 de la convention de 1978, le tiret suivant est inséré entre le troisième et le quatrième tiret:

«– en Grèce, au μονομελές πρωτοδικείο».

Article 5

1. À l'article 37 premier alinéa de la convention de 1968, modifié par l'article 17 de la convention de 1978, le tiret suivant est inséré entre le troisième et le quatrième tiret:

«– en Grèce, devant l'εφετείο».

2. À l'article 37 deuxième alinéa de la convention de 1968, modifié par l'article

in der Fassung des Artikels 17 des Übereinkommens von 1978 erhält folgende Fassung:

„– in Belgien, Griechenland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden: die Kassationsbeschwerde;".

Artikel 6

In Artikel 40 Absatz 1 des Übereinkommens von 1968 in der Fassung des Artikels 19 des Übereinkommens von 1978 wird zwischen dem dritten und dem vierten Gedankenstrich folgender Gedankenstrich eingefügt:

„– in Griechenland bei dem ἐφετεῖο,".

Artikel 7

Artikel 41 erster Gedankenstrich des Übereinkommens von 1968 in der Fassung des Artikels 20 des Übereinkommens von 1978 erhält folgende Fassung:

„– in Belgien, Griechenland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden: die Kassationsbeschwerde;".

Artikel 8

In Artikel 55 des Übereinkommens von 1968 in der Fassung des Artikels 24 des Übereinkommens von 1978 wird in der Aufzählung der Übereinkünfte an der chronologisch entsprechenden Stelle folgender Gedankenstrich eingefügt:

„– den am 4. November 1961 in Athen unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Vergleichen und öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen;".

Titel III

Anpassungen des dem Übereinkommen von 1968 beigefügten Protokolls

Artikel 9

In Satz 1 des Artikels V b, der nach Artikel 29 des Übereinkommens von 1978 das dem Übereinkommen von 1968 beigefügte Protokoll ergänzt, werden nach dem Wort „Dänemark" ein Komma und die Worte „in Griechenland" eingefügt.

Titel IV

Anpassungen des Protokolls von 1971

Artikel 10

Artikel 1 des Protokolls von 1971 in der Fassung des Artikels 30 des Übereinkommens von 1978 wird durch folgenden Absatz ergänzt:

„Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften entscheidet ebenfalls über die Auslegung des Übereinkommens

graph of Article 37 of the 1968 Convention, as amended by Article 17 of the 1978 Convention:

'– in Belgium, Greece, France, Italy, Luxembourg and in the Netherlands, by an appeal in cassation,'.

Article 6

The following shall be inserted between the third and fourth indents of the first subparagraph of Article 40 of the 1968 Convention, as amended by Article 19 of the 1978 Convention:

'– in Greece, to the ἐφετεῖο,'.

Article 7

The following shall be substituted for the first indent of Article 41 of the 1968 Convention, as amended by Article 20 of the 1978 Convention:

'– in Belgium, Greece, France, Italy, Luxembourg and in the Netherlands, by an appeal in cassation,'.

Article 8

The following shall be inserted at the appropriate place in chronological order in the list of Conventions set out in Article 55 of the 1968 Convention, as amended by Article 24 of the 1978 Convention:

'– the Convention between the Kingdom of Greece and the Federal Republic of Germany for the reciprocal recognition and enforcement of judgments, settlements and authentic instruments in civil and commercial matters, signed in Athens on 4 November 1961,'.

Title III

Adjustment to the Protocol annexed to the 1968 Convention

Article 9

In the first sentence of the Article V b added to the Protocol annexed to the 1968 Convention by Article 29 of the 1978 Convention there shall be added after the word 'Denmark' a comma and the words 'in Greece'.

Title IV

Adjustments to the 1971 Protocol

Article 10

The following subparagraph shall be added to Article 1 of the 1971 Protocol, as amended by Article 30 of the 1978 Convention:

'The Court of Justice of the European Communities shall also have jurisdiction to give rulings on the interpretation of the

17 de la convention de 1978, le premier tiret est remplacé par le texte suivant:

«– en Belgique, en Grèce, en France, en Italie, au Luxembourg et aux Pays-Bas, que d'un pourvoi en cassation».

Article 6

À l'article 40 premier alinéa de la convention de 1968, modifié par l'article 19 de la convention de 1978, le tiret suivant est inséré entre le troisième et le quatrième tiret:

«– en Grèce, devant l'ἐφετεῖο».

Article 7

À l'article 41 de la convention de 1968, modifié par l'article 20 de la convention de 1978, le premier tiret est remplacé par le texte suivant:

«– en Belgique, en Grèce, en France, en Italie, au Luxembourg et aux Pays-Bas, que d'un pourvoi en cassation».

Article 8

L'article 55 de la convention de 1968, modifié par l'article 24 de la convention de 1978, est complété par l'adjonction suivante qui est insérée à sa place dans la liste des conventions suivant l'ordre chronologique:

«– la convention entre le Royaume de Grèce et la République fédérale d'Allemagne sur la reconnaissance et l'exécution réciproques des jugements, transactions et actes authentiques en matière civile et commerciale, signée à Athènes le 4 novembre 1961».

Titre III

Adaptation du protocole annexé à la convention de 1968

Article 9

L'article V ter ajouté au protocole annexé à la convention de 1968 par l'article 29 de la convention de 1978 est complété, à la première phrase, par l'insertion d'une virgule et des termes «en Grèce» après le terme «Danemark».

Titre IV

Adaptations du protocole de 1971

Article 10

L'article 1er du protocole de 1971, modifié par l'article 30 de la convention de 1978, est complété par l'alinéa suivant:

«La Cour de justice des Communautés européennes est également compétente pour statuer sur l'interprétation de la

über den Beitritt der Republik Griechenland zum Übereinkommen vom 27. September 1968 und zum vorliegenden Protokoll in der Fassung des Übereinkommens von 1978.".

Artikel 11

In Artikel 2 Nummer 1 des Protokolls von 1971 in der Fassung des Artikels 31 des Übereinkommens von 1978 wird zwischen dem dritten und dem vierten Gedankenstrich folgender Gedankenstrich eingefügt:

„– in Griechenland: τά ἀνώτατα δικαστήρια,".

Titel V

Übergangsbestimmungen

Artikel 12

(1) Das Übereinkommen von 1968 und das Protokoll von 1971 in der Fassung des Übereinkommens von 1978 und des vorliegenden Übereinkommens sind nur auf solche Klagen und öffentlichen Urkunden anzuwenden, die erhoben oder aufgenommen worden sind, nachdem das vorliegende Übereinkommen im Ursprungsstaat und, wenn die Anerkennung oder Vollstreckung einer Entscheidung oder Urkunde geltend gemacht wird, im ersuchten Staat in Kraft getreten ist.

(2) Jedoch werden in den Beziehungen zwischen dem Ursprungsstaat und dem ersuchten Staat Entscheidungen, die nach Inkrafttreten des vorliegenden Übereinkommens aufgrund einer vor diesem Inkrafttreten erhobenen Klage ergangen sind, nach Maßgabe des Titels III des Übereinkommens von 1968 in der Fassung des Übereinkommens von 1978 und des vorliegenden Übereinkommens anerkannt und zur Zwangsvollstreckung zugelassen, wenn das Gericht aufgrund von Vorschriften zuständig war, die mit Titel II des Übereinkommens von 1968 in seiner geänderten Fassung oder mit einem Abkommen, das zu dem Zeitpunkt, zu dem die Klage erhoben wurde, zwischen dem Ursprungsstaat und dem ersuchten Staat in Kraft war, übereinstimmen.

Titel VI

Schlußbestimmungen

Artikel 13

Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften übermittelt der Regierung der Republik Griechenland je eine beglaubigte Abschrift des Übereinkommens von 1968, des Protokolls von 1971 und des Übereinkommens von 1978 in dänischer, deutscher, englischer, französischer, irischer, italienischer und niederländischer Sprache.

Der Wortlaut des Übereinkommens von 1968, des Protokolls von 1971 und des Übereinkommens von 1978 in griechi-

Convention on the accession of the Hellenic Republic to the Convention of 27 September 1968 and to this Protocol, as adjusted by the 1978 Convention.'

Article 11

The following shall be inserted between the third and fourth indents of point 1 of Article 2 of the 1971 Protocol, as amended by Article 31 of the 1978 Convention:

'– in Greece: the ἀνώτατα δικαστήρια,'.

Title V

Transitional provisions

Article 12

1. The 1968 Convention and the 1971 Protocol, as amended by the 1978 Convention and this Convention, shall apply only to legal proceedings instituted and to authentic instruments formally drawn up or registered after the entry into force of this Convention in the State of origin and, where recognition or enforcement of a judgment or authentic instrument is sought, in the State addressed.

2. However, judgments given after the date of entry into force of this Convention between the State of origin and the State addressed in proceedings instituted before that date shall be recognized and enforced in accordance with the provisions of Title III of the 1968 Convention, as amended by the 1978 Convention and this Convention, if jurisdiction was founded upon rules which accorded with the provisions of Title II of the 1968 Convention, as amended, or with the provisions of a convention which was in force between the State of origin and the State addressed when the proceedings were instituted.

Title VI

Final provisions

Article 13

The Secretary-General of the Council of the European Communities shall transmit a certified copy of the 1968 Convention, of the 1971 Protocol and of the 1978 Convention in the Danish, Dutch, English, French, German, Irish and Italian languages to the Government of the Hellenic Republic.

The texts of the 1968 Convention, of the 1971 Protocol and of the 1978 Convention, drawn up in the Greek language,

convention relative à l'adhésion de la République hellénique à la convention du 27 septembre 1968 et au présent protocole, tels qu'ils ont été adaptés par la convention de 1978».

Article 11

À l'article 2 point 1 du protocole de 1971, modifié par l'article 31 de la convention de 1978, le tiret suivant est inséré entre le troisième et le quatrième tiret:

«– en Grèce, τά ἀνώτατα δικαστήρια».

Titre V

Dispositions transitoires

Article 12

1. La convention de 1968 et le protocole de 1971, modifiés par la convention de 1978 et par la présente convention, ne sont applicables qu'aux actions judiciaires intentées et aux actes authentiques reçus postérieurement à l'entrée en vigueur de la présente convention dans l'État d'origine et, lorsque la reconnaissance ou l'exécution d'une décision ou d'un acte authentique est demandée, dans l'État requis.

2. Toutefois, dans les rapports entre l'État d'origine et l'État requis, les décisions rendues après la date d'entrée en vigueur de la présente convention à la suite d'actions intentées avant cette date sont reconnues et exécutées conformément aux dispositions du titre III de la convention de 1968, modifiée par la convention de 1978 et par la présente convention, si la compétence était fondée sur des règles conformes aux dispositions du titre II modifié de la convention de 1968 ou aux dispositions prévues par une convention qui était en vigueur entre l'État d'origine et l'État requis lorsque l'action a été intentée.

Titre VI

Dispositions finales

Article 13

Le secrétaire général du Conseil des Communautés européennes remet au gouvernement de la République hellénique une copie certifiée conforme de la convention de 1968, du protocole de 1971 et de la convention de 1978, en langues allemande, anglaise, danoise, française, irlandaise, italienne et néerlandaise.

Les textes de la convention de 1968, du protocole de 1971 et de la convention de 1978, établis en langue grecque, sont

scher Sprache ist dem vorliegenden Übereinkommen beigefügt. Der Wortlaut in griechischer Sprache ist gleichermaßen verbindlich wie die anderen Texte des Übereinkommens von 1968, des Protokolls von 1971 und des Übereinkommens von 1978.

Artikel 14

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifizierung durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt.

Artikel 15

Dieses Übereinkommen tritt für die Beziehungen zwischen den Staaten, die es ratifiziert haben, am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde durch die Republik Griechenland und die Staaten, die das Übereinkommen von 1978 gemäß Artikel 39 des genannten Übereinkommens in Kraft gesetzt haben, folgt.

Für jeden Mitgliedstaat, der das Übereinkommen später ratifiziert, tritt es am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, welcher der Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde folgt.

Artikel 16

Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften notifiziert den Unterzeichnerstaaten

a) die Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde;

b) die Tage, an denen dieses Übereinkommen für die Vertragsstaaten in Kraft tritt.

Artikel 17

Dieses Übereinkommen ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt. Der Generalsekretär übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

Zur Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten ihre Unterschriften unter dieses Übereinkommen gesetzt.

Geschehen zu Luxemburg am fünfundzwanzigsten Oktober neunzehnhundertzweiundachtzig.

shall be annexed to this Convention. The texts drawn up in the Greek language shall be authentic under the same conditions as the other texts of the 1968 Convention, the 1971 Protocol and the 1978 Convention.

Article 14

This Convention shall be ratified by the signatory States. The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the Council of the European Communities.

Article 15

This Convention shall enter into force, as between the States which have ratified it, on the first day of the third month following the deposit of the last instrument of ratification by the Hellenic Republic and those States which have put into force the 1978 Convention in accordance with Article 39 of that Convention.

It shall enter into force for each Member State which subsequently ratifies it on the first day of the third month following the deposit of its instrument of ratification.

Article 16

The Secretary-General of the Council of the European Communities shall notify the signatory States of:

(a) the deposit of each instrument of ratification;

(b) the dates of entry into force of this Convention for the Contracting States.

Article 17

This Convention, drawn up in a single original in the Danish, Dutch, English, French, German, Greek, Irish and Italian languages, all eight texts being equally authentic, shall be deposited in the archives of the General Secretariat of the Council of the European Communities. The Secretary-General shall transmit a certified copy to the Government of each signatory State.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Convention.

Done at Luxembourg on the twenty-fifth day of October in the year one thousand nine hundred and eighty-two.

annexés à la présente convention. Les textes établis en langue grecque font foi dans les mêmes conditions que les autres textes de la convention de 1968, du protocole de 1971 et de la convention de 1978.

Article 14

La présente convention sera ratifiée par les États signataires. Les instruments de ratification seront déposés auprès du secrétaire général du Conseil des Communautés européennes.

Article 15

La présente convention entrera en vigueur, dans les rapports entre les États qui l'auront ratifiée, le premier jour du troisième mois suivant le dépôt du dernier instrument de ratification par la République hellénique et les États qui ont mis en vigueur la convention de 1978 conformément à l'article 39 de ladite convention.

Elle entrera en vigueur, pour chaque État membre ratifiant postérieurement, le premier jour du troisième mois suivant le dépôt de son instrument de ratification.

Article 16

Le secrétaire général du Conseil des Communautés européennes notifiera aux États signataires:

a) le dépôt de tout instrument de ratification;

b) les dates d'entrée en vigueur de la présente convention pour les États contractants.

Article 17

La présente convention, rédigée en un exemplaire unique, en langues allemande, anglaise, danoise, française, grecque, irlandaise, italienne et néerlandaise, les huit textes faisant également foi, sera déposée dans les archives du secrétariat du Conseil des Communautés européennes. Le secrétaire général en remettra une copie certifiée conforme à chacun des gouvernements des États signataires.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente convention.

Fait à Luxembourg, le vingt-cinq octobre mil neuf cent quatre-vingt-deux.

Denkschrift zum Übereinkommen

I. Allgemeine Bemerkungen

Im Jahre 1968 haben die damaligen sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft das Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (GVÜ) geschlossen, das am 1. Februar 1973 in Kraft getreten ist (BGBl. 1972 II S. 773 und 1973 II S. 60). Den rechtlichen Ausgangspunkt hierfür bildete Artikel 220 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wonach sich die Mitgliedstaaten verpflichteten, die Förmlichkeiten für die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung richterlicher Entscheidungen und Schiedssprüche zu vereinfachen (BGBl. 1957 II S. 753, 766). Zusätzlich zu diesem Übereinkommen einigten sich die Mitgliedstaaten 1971 auf ein Protokoll, worin festgelegt wurde, daß ihre obersten Zivilgerichte, bei denen in einem schwebenden Verfahren eine nicht eindeutig zu beantwortende Frage der Auslegung des Übereinkommens erheblich wird, diese Frage dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg zur Entscheidung vorlegen müssen; die Gerichte der zweiten Instanz haben ein Vorlagerecht. Das Protokoll ist am 1. September 1975 in Kraft getreten (BGBl. 1972 II S. 845 und 1975 II S. 1138). Das Vorlageverfahren soll eine einheitliche Anwendung des Übereinkommens im gesamten Vertragsgebiet sicherstellen.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1973 wurden das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, das Königreich Dänemark und die Republik Irland als neue Mitgliedstaaten in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aufgenommen (BGBl. 1972 II S. 1125 und 1973 II S. 175). In Artikel 3 Abs. 2 der Beitrittsakte (BGBl. 1972 II S. 1125, 1144) verpflichteten sich diese Staaten, dem Übereinkommen von 1968 und dem Auslegungsprotokoll von 1971 beizutreten. Dieser Beitritt ist durch das Übereinkommen vom 9. Oktober 1978 (BGBl. 1983 II S. 802) erfolgt.

Die Republik Griechenland wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1981 Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (BGBl. 1981 II S. 15). In Artikel 3 Abs. 2 der Beitrittsakte (BGBl. 1980 II S. 229, 235) hat sich auch Griechenland verpflichtet, dem Übereinkommen von 1968 und dem Auslegungsprotokoll von 1971 in der Fassung des Beitrittsübereinkommens von 1978 beizutreten und mit den neun übrigen Mitgliedstaaten Verhandlungen über die erforderlichen Anpassungen des Übereinkommens und des Protokolls an das Verfahrensrecht Griechenlands aufzunehmen.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist das vorliegende Übereinkommen.

Zur Vorbereitung der Verhandlungen hatte die griechische Delegation Ende 1981 ein Memorandum über die aus ihrer Sicht gebotenen Anpassungen des GVÜ und des Auslegungsprotokolls in der Fassung des Beitrittsübereinkommens von 1978 vorgelegt (Ratsdokument 10 823/81 JURCONV 2). Auf dessen Grundlage hat eine ad-hoc-Gruppe zweimal, im Dezember 1981 und April 1982, beraten; die Ergebnisse dieser Beratungen sind in den Ratsdokumenten 11 808/81 JURCONV 2 und 6433/82 JURCONV 1 zusammengefaßt. Nach weiteren Beratungen im Ausschuß der Ständigen Vertreter im Mai und Juni 1982 konnte das Übereinkommen am 25. Oktober 1982 von allen zehn Mitgliedstaaten gezeichnet werden.

II. Der wesentliche Inhalt des Übereinkommens von 1968 und des Protokolls von 1971

Das Übereinkommen von 1968 umfaßt im wesentlichen zwei Komplexe, nämlich die gerichtliche Zuständigkeit (Artikel 2 bis 24) und die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen (Artikel 25 bis 49). Die Vorschriften über die gerichtliche Zuständigkeit legen in den Fällen, die eine Beziehung zu mehreren Staaten aufweisen, direkte Zuständigkeiten fest. Ist das angerufene Gericht nach diesen Vorschriften nicht zuständig, kann es in der Sache nicht entscheiden. In den Artikeln 25 bis 49 ist ein einfaches und schnelles Verfahren für die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen vorgesehen, die in einem anderen Vertragsstaat erlassen worden sind; die Vorschriften dieses Teils des Übereinkommens werden durch das deutsche Ausführungsgesetz vom 29. Juli 1972 (BGBl. I S. 1328) ergänzt.

In dem Protokoll vom 3. Juni 1971 (BGBl. 1972 II S. 845) wird die Zuständigkeit für die Auslegung des Übereinkommens dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften übertragen. Wird in einem schwebenden Verfahren, sei es im Erkenntnis- oder Vollstreckungsverfahren, die Frage erheblich, wie eine Vorschrift des Übereinkommens von 1968 auszulegen ist, so haben die Gerichte der zweiten Instanz (Landgerichte und Oberlandesgerichte) das Recht, sie dem Europäischen Gerichtshof vorab zur Entscheidung vorzulegen (Artikel 3 Abs. 2 des Protokolls); kommt es auf eine solche Frage in einem Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof (Bundesgerichtshof) an, so besteht eine Vorlagepflicht (Artikel 3 Abs. 1 des Protokolls).

III. Der wesentliche Inhalt des Übereinkommens vom 9. Oktober 1978 über den Beitritt Dänemarks, Irlands und Großbritanniens zum Übereinkommen von 1968 (1. Beitrittsübereinkommen)

Das Beitrittsübereinkommen von 1978 hat im Bereich der Vorschriften über die gerichtliche Zuständigkeit substantielle Neuerungen gebracht. Diese Vorschriften sind – bedingt durch die besonderen Verhältnisse in den Beitrittsstaaten – um Bestimmungen über trust-Sachen

(vgl. Artikel 5 Abs. 4, Artikel 11 und 23 des Beitrittsübereinkommens) und über die Seegerichtsbarkeit (Artikel 5 Abs. 4, Artikel 6 und 36) erweitert worden. Weitere Neuerungen waren die Ausdehnung der Bestimmung über den Verbraucherschutz (Artikel 10), die Neuregelung der Zuständigkeit in Versicherungssachen (Artikel 7 bis 9) und – vornehmlich auf britischen Wunsch hin – die Neuregelung über Zuständigkeitsvereinbarungen (Artikel 11).

Die sonstigen Änderungen des GVÜ selbst waren im wesentlichen technischer Natur. Hierbei handelte es sich um die notwendige Ergänzung des Katalogs der ausgeschlossenen „exorbitanten" Gerichtsstände (Artikel 4) und die Aufzählung der im Rahmen des Vollstreckungsverfahrens in den Mitgliedstaaten zuständigen Gerichte (Artikel 16 f., 19 f.). Ferner wurden einige Klarstellungen und Ergänzungen vorgenommen, die sich in der Praxis als wünschenswert herausgestellt hatten (z. B. mit Artikel 5 Nr. 1 und 2, Artikel 25). Schließlich mußten die verfahrensrechtlichen Besonderheiten der beigetretenen Staaten berücksichtigt werden (vgl. u. a. Artikel 15, 18, 44).

Auch die Änderungen des dem Übereinkommen beigefügten Zusatzprotokolls sowie des Auslegungsprotokolls von 1971 ergaben sich überwiegend zwangsläufig aus der Tatsache des Beitritts der drei neuen Mitgliedstaaten.

Zu den Änderungen des GVÜ 1968 und des Auslegungsprotokolls von 1971 durch das Beitrittsübereinkommen von 1978 hat Professor Dr. Peter Schlosser, München, als Berichterstatter der Europäischen Gemeinschaften einen erläuternden Bericht verfaßt; der Bericht ist der Denkschrift zu dem Beitrittsübereinkommen angeschlossen (Bundestags-Drucksache 10/61 S. 31 ff.).

IV. Der Inhalt des Übereinkommens über den Beitritt der Republik Griechenland zum GVÜ 1968 und zum Auslegungsprotokoll von 1971 in der Fassung des Beitrittsübereinkommens von 1978 (2. Beitrittsübereinkommen)

A. Allgemeines

In seinem Aufbau folgt das vorliegende Übereinkommen dem Beitrittsübereinkommen von 1978. Es handelt sich also um ein Übereinkommen zwischen dem neuen Mitgliedstaat Griechenland und den bisherigen neun Mitgliedstaaten, das sowohl den Beitritt Griechenlands zum GVÜ und zum Auslegungsprotokoll von 1971 (Titel I Artikel 1) als auch die notwendigen Änderungen des Übereinkommens selbst (Titel II Artikel 3 bis 8), des dem Übereinkommen beigefügten Protokolls (Titel III Artikel 9) und des Auslegungsprotokolls (Titel IV Artikel 10 und 11) vorsieht. Titel V (Artikel 12) enthält die verfahrensrechtlichen Übergangsbestimmungen, Titel VI (Artikel 13 bis 17) die üblichen Schlußbestimmungen über Ratifikation, Inkrafttreten und Mitteilungspflichten.

Für die Änderungen des GVÜ und des Auslegungsprotokolls benötigt das neue Beitrittsübereinkommen nur neun kurze Artikel (Artikel 3 bis 11). Schon daraus wird deutlich, daß es sich anders als bei dem Beitrittsübereinkommen von 1978 lediglich um eine auf die Beziehungen zu dem neuen Mitgliedstaat Griechenland beschränkte „rechtstechnische" Anpassung handelt.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen des Übereinkommens

Zu Titel I

Zu Artikel 1

Absatz 1 enthält die Beitrittsklausel. Diese bezieht sich auf das GVÜ von 1968 und das Auslegungsprotokoll von 1971 in der Fassung, die diese durch das Beitrittsübereinkommen vom 9. Oktober 1978 erhalten haben.

In Absatz 2 wird der Beitritt auf die Vorschriften des Beitrittsübereinkommens von 1978 erstreckt, deren Inhalt nicht Bestandteil des GVÜ geworden ist. Dabei handelt es sich zunächst um Artikel 25 Abs. 2 des Beitrittsübereinkommens von 1978 in dem die Vertragsstaaten eine Interpretationsvereinbarung zu Artikel 57 Abs. 1 in der Fassung des Beitrittsübereinkommens von 1978 getroffen haben. Der in Absatz 2 ferner angeordnete Beitritt zu den Artikeln 35 und 36 des Beitrittsübereinkommens von 1978 erklärt sich daraus, daß es sich bei diesen Bestimmungen um Übergangsbestimmungen zum Beitrittsübereinkommen von 1978 handelt, die durch die generelle Anordnung des Beitritts zu diesem 1. Beitrittsübereinkommen nicht miterfaßt werden, andererseits aber – im Gegensatz zu Artikel 34 des Beitrittsübereinkommens von 1978, der sich in leicht veränderter Form als Übergangsvorschrift im vorliegenden Beitrittsübereinkommen wiederfindet (Artikel 12) – wörtlich übernommen werden konnten.

Artikel 35 des Beitrittsübereinkommens von 1978 trägt der besonderen Rechtslage in Großbritannien (mit Ausnahme Schottlands) und Irland Rechnung, wonach in der Gerichtspraxis aus der Wahl eines materiellen Rechts für die Hauptsache eine Zuständigkeitsvereinbarung für entsprechende, vor Inkrafttreten des Übereinkommens geschlossene Vereinbarungen hinsichtlich der Gerichte dieses Staates abgeleitet wird. Diese Besonderheit wird zugunsten der genannten Staaten auch von Griechenland anerkannt.

In Artikel 36 des Übereinkommens von 1978 wird den Mitgliedstaaten Dänemark und Irland eingeräumt, für eine Übergangszeit von drei Jahren nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens gewisse Zuständigkeiten in Seerechtsangelegenheiten neben den Zuständigkeitsvorschriften des GVÜ zu beanspruchen, soweit in diesen Staaten nicht vorher das Brüsseler Übereinkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über den Arrest in Seeschiffe vom 10. Mai 1952 in Kraft tritt. Auch diese Übergangsregelung wird in Absatz 2 von Griechenland übernommen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 stellt fest, daß die Anpassungen des GVÜ und des Auslegungsprotokolls von 1971 in der Fassung des Beitrittsübereinkommens von 1978 in den Titeln II bis IV des vorliegenden Übereinkommens enthalten sind.

Zu Titel II

Zu Artikel 3

Durch Artikel 3 wird der in Artikel 3 Abs. 2 GVÜ (in der Fassung des Beitrittsübereinkommens von 1978) enthaltene Katalog der „exorbitanten" Gerichtsstände für Griechenland um den Gerichtsstand nach Artikel 40 der

griechischen ZPO erweitert; dieser entspricht inhaltlich § 23 ZPO.

Zu Artikel 4

Artikel 4 ergänzt Artikel 32 Abs. 1 GVÜ (in der Fassung des Beitrittsübereinkommens von 1978). Der Antrag auf Erteilung der Vollstreckungsklausel im Sinne des Artikels 31 Abs. 1 dieses Übereinkommens ist in Griechenland an das – so die griechische Bezeichnung – „mit einem Richter besetzte Gericht erster Instanz" zu richten.

Zu Artikel 5

Durch Artikel 5 werden die Vorschriften des Artikels 37 GVÜ (in der Fassung des Beitrittsübereinkommens von 1978), also die Vorschriften über Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen über den Antrag auf Erteilung der Vollstreckungsklausel, an den Beitritt Griechenlands angepaßt.

Der Rechtsbehelf gegen die auf den Antrag auf Erteilung der Vollstreckungsklausel ergangene Entscheidung ist nach Absatz 1 (Artikel 37 Abs. 1 in der Fassung des Beitrittsübereinkommens von 1978) in Griechenland bei dem – so die griechische Bezeichnung – „Berufungsgerichtshof" einzulegen. Gemäß Absatz 2 (Artikel 37 Abs. 2 in der Fassung des Beitrittsübereinkommens von 1978) findet gegen die Entscheidung, die über den Rechtsbehelf ergangen ist, in Griechenland – ebenso wie in Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden – die Kassationsbeschwerde statt.

Zu Artikel 6

Durch Artikel 6 wird Artikel 40 Abs. 1 GVÜ (in der Fassung des Beitrittsübereinkommens von 1978) ergänzt. In dieser Bestimmung sind die Gerichte aufgezählt, bei denen ein Rechtsbehelf eingelegt werden kann, wenn der nach Artikel 38 GVÜ mögliche Antrag auf Aussetzung der Entscheidung über den Rechtsbehelf abgelehnt wird. In Griechenland ist das zuständige Gericht für diesen Rechtsbehelf der „Berufungsgerichtshof".

Zu Artikel 7

Artikel 41 GVÜ (in der Fassung des Beitrittsübereinkommens von 1978) zählt die Arten von Rechtsbehelfen auf, die in den Mitgliedstaaten gegen die Entscheidung über den Rechtsbehelf im Sinne des Artikels 40 möglich sind; es handelt sich hierbei um die Ablehnung des Antrags auf Aussetzung der Entscheidung in den Fällen des Artikels 38 GVÜ. Artikel 7 des vorliegenden Übereinkommens bezieht Griechenland in den Kreis derjenigen Länder ein, in denen die Kassationsbeschwerde eingelegt werden kann.

Zu Artikel 8

Der Katalog derjenigen Übereinkommen, die nach Maßgabe des Artikels 55 GVÜ (in der Fassung des Beitrittsübereinkommens von 1978) durch das GVÜ aufgehoben werden, wird durch Artikel 8 um den deutsch-griechischen Anererkennungs- und Vollstreckungsvertrag vom 4. November 1961 (BGBl. 1963 II S. 109) erweitert.

Zu Titel III

Zu Artikel 9

Artikel 9 enthält eine Ergänzung des dem GVÜ beigefügten Protokolls in der Fassung, die das Protokoll durch Artikel 29 des Beitrittsübereinkommens von 1978 erhalten hat. Durch die letztgenannte Vorschrift ist das Protokoll u. a. um den Artikel V b erweitert worden, wonach für Streitigkeiten zwischen dem Kapitän und einem Mitglied der Mannschaft eines in Dänemark oder Irland eingetragenen Schiffes in bestimmten Fällen nicht die ordentlichen Gerichte, sondern Spezialspruchkörper zuständig sind. Diese im dänischen Seemannsgesetz Nr. 420 vom 18. Juni 1973 festgelegte Besonderheit ist – nach Irland – nunmehr auch auf Griechenland ausgedehnt worden.

Zu Titel IV

Zu Artikel 10

Artikel 10 erweitert den Anwendungsbereich des Auslegungsprotokolls von 1971 (in der Fassung des Übereinkommens von 1978) um Auslegungsfragen zu dem vorliegenden Übereinkommen.

Zu Artikel 11

In Artikel 2 Nr. 1 des Auslegungsprotokolls von 1971 (in der Fassung des Übereinkommens von 1978) werden die vorlagepflichtigen Gerichte der einzelnen Mitgliedstaaten aufgezählt; hierbei handelt es sich, mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs, jeweils um das höchste Zivilgericht des betreffenden Mitgliedstaats. Artikel 11 erweitert diesen Katalog für Griechenland um „die obersten Gerichtshöfe".

Zu Titel V

Zu Artikel 12

Artikel 12 stellt die einzige Übergangsbestimmung des vorliegenden Übereinkommens dar. Man konnte sich damit begnügen, weil die Übergangsbestimmungen der Artikel 35 und 36 des Beitrittsübereinkommens von 1978 bereits durch Artikel 1 Abs. 2 auch zum Inhalt des vorliegenden Übereinkommens gemacht wurden. Bei Artikel 34 des Beitrittsübereinkommens von 1978, der die Anwendbarkeit des GVÜ und des Auslegungsprotokolls (in der Fassung des Beitrittsübereinkommens von 1978) im Verhältnis der ursprünglichen sechs Staaten untereinander und zu den drei neuen Mitgliedstaaten im Hinblick auf vor Inkrafttreten dieses Beitrittsübereinkommens erhobenen Klagen regelt, war dies nicht möglich. Vielmehr mußte insoweit mit Artikel 12 den Besonderheiten des neuerlichen Beitritts Rechnung getragen werden.

Nach Absatz 1 sind die Vorschriften des GVÜ und des Auslegungsprotokolls in ihrer neuen Fassung nur auf solche Klagen und öffentlichen Urkunden anwendbar, die erhoben oder aufgenommen worden sind, nachdem das vorliegende Übereinkommen im Staat der Klageerhebung oder der Urkundenerrichtung in Kraft getreten ist.

Wird die Anerkennung oder Vollstreckung einer Entscheidung oder einer öffentlichen Urkunde geltend

gemacht, ist Voraussetzung für die Anwendung des GVÜ und des Auslegungsprotokolls in ihrer neuen Fassung, daß das vorliegende Übereinkommen sowohl im Ursprungsstaat als auch im Vollstreckungsstaat in Kraft getreten ist. Das Inkrafttreten im Anerkennungs- und Vollstreckungsstaat wird deshalb gefordert, weil, wenn im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht auch dieser Staat schon Mitgliedstaat des Beitrittsübereinkommens ist, ihm gegenüber nach Artikel 4 GVÜ noch exorbitante Zuständigkeiten in Anspruch genommen werden könnten und gegebenenfalls eine uneingeschränkte Pflicht zur Anerkennung und Vollstreckung in diesem Staat unzumutbar wäre.

Absatz 2 enthält eine Ausnahme von Absatz 1 für die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen. Diese werden im ersuchten Staat unter gewissen Voraussetzungen auch dann – und zwar nach Maßgabe des Titels III des GVÜ in der Fassung des vorliegenden Übereinkommens – anerkannt, wenn die Klage vor dem Inkrafttreten erhoben worden, die Entscheidung aber nach dem Inkrafttreten ergangen ist. Voraussetzung ist, daß das erkennende Gericht aufgrund von Vorschriften zuständig war, die mit Titel II des GVÜ (in der Fassung des Übereinkommens von 1978) oder mit den Vorschriften eines anderen Abkommens, das im Zeitpunkt der Klageerhebung zwischen dem Ursprungsstaat und dem ersuchten Staat in Kraft war, übereinstimmen. In diesem Fall besteht das oben erwähnte Bedenken im Hinblick auf die exorbitanten Zuständigkeiten nicht.

Zu Titel VI

Zu Artikeln 13 bis 17

Die Artikel 13 bis 17 enthalten die üblichen Schlußbestimmungen über Ratifikation, Inkrafttreten und Mitteilungspflichten.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 712272 5. 87
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333